

**KEIN
GELD
FÜR
KRIEG**

Friedenssteuer NACHRICHTEN

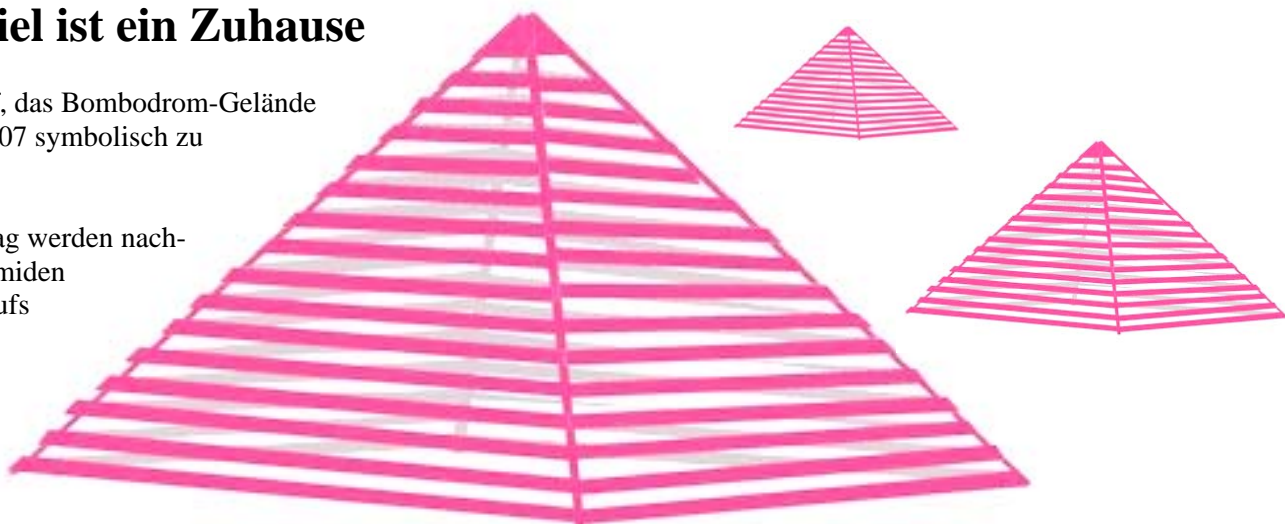


Nr. 37 Mai 2007

Jedes Ziel ist ein Zuhause

Wir rufen auf, das Bombodrom-Gelände am 1. Juni 2007 symbolisch zu besiedeln.

Am Aktionstag werden nachgebaute Pyramiden symbolisch aufs Bombodrom getragen.



Original-Zielpyramiden der Bundeswehr

In der Kyritz-Ruppiner Heide werden wir das Bombodromgelände mitbesetzen (s. S. 9)..... **1.Juni.**
In Rostock demonstrieren wir mit gegen die undemokratische G8-Politik und sammeln Unterschriften... **2.-7. Juni.**
In Köln haben wir beim Ev. Kirchentag wieder einen Stand (**Halle 2.1, Stand C18**)..... **6.-10. Juni.**

Wir demonstrieren für eine gerechtere Welt. Wir beten und arbeiten für den Frieden.

Warum dann zahlen für Militär, Rüstung und Krieg?

Inhaltsübersicht:

	Seite
Kampagne	2
Super-Netzwerker	3
Spinnergeschichte	3
Zwei, die es wissen müssen	4
Reaktion einer Netzwerkerin	5
Jahrestreffen-Bericht	6
Vortrag von Major Pfaff	6
Kriegsdienstverweigerung	8
Vernetzung	9
CPTI / Internationales	10
Kontaktadressen	12

Beilagen:

- Unterschriften-Sammelliste
- Faltblatt Ökum. Netz in Deutschland

We have a dream

- und mehr als das:

Wir haben ein Konzept, wie dieser Traum umgesetzt werden kann:

Ein Konzept für ein Zivilsteuergesetz.

- und mehr als das:

Wir haben einen Plan für die Erarbeitung eines solchen Gesetzes, den Sie auf Seite 2 finden.



Autoaufkleber in Boston/USA

Foto: Friedrich Heilmann

Kampagne

Die erste Seite dieser Ausgabe stellt den Auftakt unserer neuen Kampagne für die nächsten 2,5 bis 3 Jahre dar. Nach diesem Plan werden wir uns strukturierter bewegen und dadurch hoffentlich schneller vorankommen können. Neu sind die Erstellung eines Gesetzestextes, sowie eines Videos für die unterstützende Öffentlichkeitsarbeit.

Kampagnenziel: Gesetzestext „Zivilsteuergesetz“ für den Bundestag, unterstützt von möglichst vielen Unterschriften.

Laufzeit: von April 2007 bis voraussichtlich Dezember 2009 mit den zwei Arbeitsschwerpunkten:

1. Gespräche mit Bundestagsabgeordneten.

Über das Konzept „Zivilsteuergesetz“ soll mit möglichst vielen MdB gesprochen werden um ein breiteres Verständnis zu wecken. Die Erkenntnisse aus den Gesprächen fließen in die Überarbeitung des Konzeptes und in die Erarbeitung eines Gesetzentwurfes ein. Diese Gespräche finden die ganze Zeit über statt, sind also kein extra Punkt in untenstehendem Plan.

2. Öffentlichkeitsarbeit + Unterschriftensammlung.

Arbeitsplan:

2007

- April-Mai - Entwurf, Layout und Druck von Kampagnen-Faltblatt, Auto-Aufkleber und Postkarte* (s.u.).
 - Überarbeitung der Website www.netzwerk-friedenssteuer.de (auch www.friedenssteuer.de)
- 01.-07. Juni - G8-Gegengipfel in Rostock: Info-Stand, Unterschriftensammlung, Gespräche.
- 06.-10. Juni - Deutscher Evangelischer Kirchentag in Köln (**Halle 2.1, Stand C18**).
 Info-Stand im „Markt der Möglichkeiten“, Unterschriftensammlung, Gespräche.
- Aug. – Okt. - Veranstaltungen bei allen Regionalgruppen des Netzwerkes zur Gewinnung weiterer politischer Unterstützung in der Bevölkerung.
- Mitte Sept. - Beratung mit Partnern in der Kooperation für den Frieden.
- Sept.-Nov. - Erstellen eines Drehbuches für ein Video, das sowohl für Veranstaltungen als auch für das Internet geeignet ist. Möglicher Titel: *Gewissen und Verantwortung* (unsere Mittäterschaft an Militär, Rüstung und Krieg über die Zahlung von Steuern).
- November - Schwerpunkt Friedensdekade – Veranstaltungen an verschiedenen Orten.

2008

- Febr.-März **Jahrestagung**
 - Zwischenauswertung der Kampagne und weitere Detailplanung für das laufende Jahr.
- Ab April - Konzentration auf die Arbeit mit einer interfraktionellen MdB-Gruppe zur Vorbereitung des Gesetzentwurfes.
- April-Juni - Erstellen des Videos *Gewissen und Verantwortung*.

2009

- März 2009 **Jahrestagung**
 - Zwischenbilanz und Erarbeitung der Zielbausteine für die restliche Kampagnezeit.
- Juni 2009 - Übergabe der gesammelten Unterschriften an den Bundestagspräsidenten.
 - Vorlage eines Gesetzestextes, erarbeitet durch Fachleute in enger Zusammenarbeit mit den Abgeordneten und der AG Gesetzesinitiative (welche die Koordination hat).
- Dez. 2009 **Abschluss der Kampagne und Bestandsaufnahme.**

Finanzierung:

Besonders die Kosten für das Video (geschätzt: ca. 8.000 Euro) und die Honorare für Fachleute, die uns und den Abgeordneten bei der Erstellung des Gesetzestextes zur Seite stehen werden (geschätzt: ca. 1.600 Euro), werden unsere Kasse überfordern. Daher haben wir einen Unterstützungsantrag gestellt bei der Bewegungstiftung. Sollte er abgelehnt werden, müssen wir uns um weitere Anträge bemühen. In der nächsten Ausgabe werden wir Ihnen berichten, wie dann der Stand ist. Einerseits werden wir aber auch ohne Unterstützung anderer Organisationen unbeirrt weitermachen, und andererseits werden nie alle Kosten übernommen. Daher wären wir dankbar für Ihre Kampagne-Spende! (Kontonummer: s. letzte Seite.)

Gertie Brammer

Materialien:

- Faltblätter gratis; Friedenssteuer-Kugelschreiber bei Bedarf gegen Spende
- Auto-Aufkleber, Durchmesser 12 cm, 1,00 Euro/Stk.
- Postkarte, 4 Stk. 1,00 Euro

Zuzüglich Portokosten. Zu bestellen bei Friedrich Heilmann (Adresse + Kontonummer s. Seite 12).

Super-Netzwerker

In der Bibel gibt es die schöne Geschichte von den „anvertrauten Pfunden“. Mit unseren Gaben sollen wir wuchern. Wir wuchern alle kräftig, und hier ist ein neues bemerkenswertes Beispiel.

Seit einigen Monaten haben wir Kontakt zu Marduk Buscher aus Baden-Baden, der dort eine Multi-Media-Firma betreibt. Nachdem wir bei der Frühjahrestagung in Leipzig das umfangreiche 3-Jahresprogramm verabschiedet hatten, das auch das Drucken eines Auto-Aufklebers und einer Postkarte enthält, nahm ich Kontakt mit ihm auf und in großer Geschwindigkeit entstanden Erstentwürfe, die schnell in Druckaufträge mündeten. Alles wird zum Kirchentag in Köln vorliegen. Zur gratis Graphik- und Layout-Arbeit spendet er uns noch 1.000 Friedenssteuer-Kugelschreiber. Unpräzise und schnell – herzlichen Dank!

Friedrich Heilmann

Bist Du ein Spinner??

Dies ist die zweite „Spinner-Geschichte“ in einer Reihe von hoffentlich vielen Menschen, die erzählen, warum sie so viel Energie in die Vision eines Zivilsteuergesetzes investieren.

Immer an mehreren Stellen tätig, vor allem bei den Quäkern - von denen viele sich in der internationalen Friedenssteuerbewegung stark engagieren – bleibt Klaus Martin Voigt (Mitgründer der *Friedenssteuer-Initiative*) auch im NWFS aktiv, obwohl nun deutlich über siebzig.



Christa und Klaus Martin Voigt mit zwei ihrer Kinder vor dem Bundesfinanzhof 1991

Foto: Familie Voigt

Sonst ist der doch eigentlich ganz normal ...

... aber an dieser Stelle spinnt er. Nein, so offen gesagt haben mir das Freunde und Bekannte nicht, wenn – oft zusammen mit meiner Frau Christa – die Rede auf unser Engagement in der *Friedenssteuer-Initiative* kam, die jetzt *Netzwerk Friedenssteuer* heißt. Steuern verweigern – das löst Assoziationen aus wie ‚Gesetzesbruch‘, ‚verweigerter Loyalität zum Staat‘, ‚ungerechtfertigte Bereicherung‘. Wenn dann die Beweggründe erklärt sind, hellt sich das Urteil freundschaftlich-wohlwollend auf in Richtung ‚ist ja ganz ehrenwert aber total naiv‘. So etwas wie Beruhigung kommt erst auf, wenn ich von dem höchstrichterlichen Urteil berichte, in das der Bundesfinanzhof im Dezember 1991 meiner Frau und mir am Ende als Essenz geschrieben hat: „Die Zahlung von Steuern kann nicht aus Gewissensgründen abgelehnt werden“. Damit ist die Welt wieder in Ordnung.

Ist sie das? Für mich nicht. Bei der für jedermann offensichtlichen Mitfinanzierung von Rüstung und Militär durch meine Steuern wird Unrecht für mich nicht durch ein richterliches BASTA zu Recht. Die Unterschiede in der Auffassung von dem, was recht (nicht: Recht) und verantwortlich ist, muss ich deshalb aushalten. Und ich werde weiter versuchen, die mir gegebenen Möglichkeiten wahrzunehmen. Laotse hat im 4. Jahrhundert v. Chr. gesagt: *Eine Reise von 1000 Meilen beginnt mit einem einzigen Schritt*. Und dass es eine lange Reise wird, deren Ende ich wahrscheinlich nicht mehr erleben werde, ist mir schon lange klar. Mein Tun mit der Elle des Erfolgs zu messen, hieße an dieser Stelle, nicht mehr ich selbst zu sein. Und so halte ich es lieber mit Václav Havel, der einmal sagte: „.....das Maß der Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat - ohne Rücksicht darauf, wie es ausgeht...“

Klaus Martin Voigt

Sieht sich der Staat von einem kleinen Gedanken bedroht, ist klar, dass der Gedanke groß, der Staat aber klein ist.

Stanislaw J. Lec

Zwei, die es wissen müssen

Hier unten folgt eine Gegenüberstellung zweier Meinungen zu dem Tornado-Einsatz in Afghanistan.

Es sind nicht irgendwelche Meinungen. Gernot Erler ist MdB (SPD) und Staatsminister im Auswärtigen Amt. Jürgen Rose ist Oberstleutnant der Bundeswehr. Beide sind Mitglied im *Darmstädter Signal*, einem Verein, dem kritische Bundeswehrangehörige, dem aber auch Gleichgesinnte ohne Uniform angehören.

Wir geben hier Auszüge aus einem Antwortbrief vom 12.04.07 von Gernot Erler an eine Frau, die ihm nach der Begründung seiner Ja-Stimme bei der Abstimmung am 9.3.07 im Bundestag gefragt hatte, so wie aus einem Artikel von Jürgen Rose wieder („Freitag“ vom 02.03.07).

Kursivgedrucktes stammt aus vorangegangenen Zeilen der Autoren. Fettgedrucktes ist Hervorhebung durch die FN.

Die vollständigen Texte finden Sie auf unserer Website unter „Aktuell“ oder können Ihnen per Briefpost zugeschickt werden.

Aus dem Brief von Gernot Erler

„...Die Vereinten Nationen haben bereits am 12. September 2001 diese Terroranschläge einem ‚Angriffskrieg‘ gleichgesetzt und entsprechende Gegenmaßnahmen legitimiert... Deutschland hat *bei der militärischen Intervention der USA* von vornherein mitgewirkt. Der Schwerpunkt lag dabei nicht auf unseren militärischen Beiträgen (**die es aber gab**), sondern auf der Vermittlung eines politischen Neuanfangs mit dem so genannten ‚Petersberg-Prozess‘.

Dieser Neuanfang war schwer in einem Land, das durch 22 Jahre Bürgerkrieg vollständig zerrüttet war. (...) Inzwischen kann von einer flächendeckenden Kontrolle durch die gewählte Regierung im Westen und Norden des Landes gesprochen werden. (...) Im Süden und Osten hatten sich Reste der Taliban, einige ihnen nahe stehenden Warlords und die andernorts bedrängten Drogenbarone zurückgezogen. Praktisch gab es bis zum Sommer 2006 eine Doppelherrschaft, die eine Normalisierung und Stabilisierung des ganzen Landes verhinderte. (...) Mit der Ausweitung von ISAF in den Süden und Osten wird nun um die Kontrolle in diesen Regionen gekämpft. (...) Das „Nationbuilding“ ist also noch längst nicht abgeschlossen. (...) Aber eines steht fest: Die Herausforderung durch die Taliban und ihre Komplizen kann nicht allein mit militärischen Mitteln gelöst werden, aber auch nicht ohne bewaffnete Kräfte! Die Frage ist, welches Vorgehen am wirksamsten ist. (...) Nur wenn die Regierung Karsai besser wird, wenn die Zivilbevölkerung Fortschritte bei der Versorgung und bei der Infrastruktur spürt und Zukunftsperspektiven erkennen kann und wenn es gelingt, möglichst viele politische Kräfte, auch solche, die den Taliban nahe stehen oder sich zu ihnen bekennen, in einen nationalen Versöhnungsprozess einzubinden (...) – nur dann wird sich die Kabuler Regierungsgewalt faktisch ausdehnen und die Rückkehr der Taliban in ganz Afghanistan verhindern können. *Die Rückkehr* der Taliban wäre eine nicht hinnehmbare Tragödie *für uns alle* und für Afghanistan. Auf keinem Fall wäre es irgendeine Form von Frieden. Denn die Vereinigten Staaten und die Weltgemeinschaft könnten und würden kaum tatenlos zusehen, wenn die Mörder des 11. September ihre Strukturen in Afghanistan in aller Ruhe wieder aufbauen würden. **Die Alternative** zu den jetzigen Versuchen der Weltgemeinschaft, der gewählten

afghanischen Regierung Geltung in ganz Afghanistan zu verschaffen, **ist in Wirklichkeit ein Dauerbombenkrieg gegen alle verdächtigen Einrichtungen und Aktivitäten in Afghanistan mit einem sicheren Verlierer: der afghanischen Zivilbevölkerung. Schon aus diesem Grund kann ich Parolen wie „Raus aus Afghanistan“, die vorgeben, Friedensforderungen zu sein, höchstens in emotionaler Weise nachvollziehen. Von der Sache her würde ihre Umsetzung große Teile Afghanistans in ein zeitlich unbegrenztes, blutiges Schlachtfeld verwandeln.“**

Direkt zu dem Tornado-Einsatz schreibt Erler: „Jede Verstärkung des balancierten zivil-militärischen Ansatzes, wie wir ihn befürworten, braucht verlässliche Lagebilder und damit eine leistungsfähige Luftaufklärung zum Schutz der Zivilbevölkerung, der Helfer und der bewaffneten Kräfte. Deutschland (..) wird sicher nicht als erstes gefragt werden, wenn eine weitere Verstärkung der ISAF-Mission erforderlich wird, was niemand ausschließen kann. (...) respektiere ich die Gründe und Argumente, die bei 69 meiner sozialdemokratischen KollegInnen und Kollegen zu einer Ablehnung des Beschlusses der Bundesregierung geführt haben, aber ich teile sie nicht. (...) Und weil die *Tornados reine Luftaufklärungs- und keine Kampfflugzeuge sind*, halte ich die Bereitstellung für richtig, und sie ist mit meinem Gewissen vereinbar.

Geradezu empört bin ich über die Argumentation von Oskar Lafontaine und der Linkspartei, die ihr Nein damit begründet haben, dass eine weitere deutsche Beteiligung am Antiterrorkampf in Afghanistan die Sicherheit der Menschen hier bei uns gefährdet, weil sich als Antwort verstärkt Terroranschläge auch gegen Deutsche richten könnten. Deshalb **liefert uns dieses Prinzip von „Feigheit statt Solidarität“ jeder Erpressung aus.** Die Aufforderung, die Herkulesaufgabe der Stabilisierung Afghanistans andere machen zu lassen, um sich selber in der Hoffnung auf Verschonung wegzuducken, ist erbärmlicher, aber nach meiner Beobachtung auch chancenloser Billig-Populismus.“



Schreiben Sie Ihren Bekannten eine Netzwerk-Postkarte mit dem Friedenssteuer – Kugelschreiber, siehe Seite 2 unten

„Feuer unterm Dach – Eine strategische Truppenverschiebung und die ‚Koalition der Willigen am Hindukusch‘“ - aus dem Artikel von Oberstleutnant Jürgen Rose

„...der Präsident aus Texas beharrt starrsinnig auf seinen abstrusen Plänen zur gewaltsamen Neuordnung des ‚Greater Middle East‘. Dass imperiale Hybris gepaart mit militärstrategischem Dilettantismus prompt in den Abgrund führen (*Beispiel 3. Reich*), scheint George Bush und seine neokonservativen Ratgeber kalt zu lassen (...). Insofern nur konsequent werden die von der ‚einzig verbliebenen Supermacht‘ angestifteten Kolonialkriege im Nahen und Mittleren Osten fortgeführt.

Nachdem nun freilich die US-Streitkräfte, wie die NATO-Besatzungsmacht in Afghanistan überhaupt, in eine von Tag zu Tag prekärere Lage geraten (...), sind Truppenverstärkungen erwünscht.“

(Dabei hätten die Taliban laut Erler jetzt 6.000 Kämpfer, die sie auf höchstens 10.000 ausdehnen könnten, während heute schon 10.000 US-Soldaten und 34.000 ISAF-Soldaten im Land stehen. – FN)

„Eilfertig reagiert Premierminister Tony Blair auf diese Herausforderung, indem er die Verlegung eines erheblichen Teils seiner Streitkräfte aus dem Irak auf den afghanischen Kriegsschauplatz angeordnet hat. Nahtlos in dieses Bild fügt sich der Umstand, dass der US-Sicherheitsberater im NATO-Rat einen radikalen Strategiewechsel in Afghanistan gefordert hat. Demzufolge sollte die Aufteilung der ISAF-Kräfte in fünf Regionalkommandos aufgegeben werden, um stattdessen sämtliche Militärkontingente dem *neuen US-Oberbefehlshaber* in Kabul direkt unterstellen zu können. Denn der benötigte unbedingt mehr ‚Flexibilität, um die Truppen durch das Land zu bewegen – je nachdem, wo sie gebraucht werden und wie sie gebraucht werden‘.

Anstatt endlich einen irgendwann ohnehin unvermeidlichen Rückzug aus dem militärischen Abenteuer am Hindukusch einzuleiten, verstrickt sich die Bundesregierung Deutschland immer tiefer in einen aussichtslosen Kampf, der mehr und mehr zu einem unverhüllten Kolonialkrieg gegen das Selbstbestimmungsrecht und Freiheitsstreben der Paschtunen mutiert. Dass langjährige Landeskenner unisono mit der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr vehement ablehnen, vermag die Möchtegern-Strategen am sprichwörtlichen ‚Grünen Tisch‘ nicht zu beirren.

Dabei birgt entgegen landläufiger Beschwichtigungsrhetorik gerade die Stationierung der deutschen Recce-Tornados im nordafghanischen Mazare-Sharif nicht weit von der Grenze zum Iran unkalkulierbare Risiken. (...) Berlin könnte sich urplötzlich mit der Forderung konfrontiert sehen, die Flugrichtung seiner Aufklärungsflugzeuge von Südost auf West zu ändern: mitten hinein in den iranischen Luftraum (...). Wenn dann die Kanzlerin lauthals deklamiert, der Fortbestand der NATO und – *horribile dictu* – die Existenz des Staates Israel

stunden auf dem Spiel und noch dazu, Gerhard Schröders Vorbild vom Dezember 2001 folgend, die Vertrauensfrage stellt – der Bundestag müsste erst noch gewählt werden, der es wagte, sich solch politischer Erpressung zu widersetzen.“



Reaktion einer Netzwerkerin auf den Brief von Gernot Erler

Dieser Brief von Gernot Erler bringt mich wieder an den wunden Punkt: Was geschieht mit den Politikern in ihren Verantwortungspositionen? Warum können wir ihre Entscheidungen nicht nachvollziehen? Warum entfernen sie sich von den Menschen, für die sie angetreten sind? Wie kann ein Gernot Erler mir vermitteln, was heute, den 9.5.07, in der *Badischen Zeitung* steht: "Teurer Tornado-einsatz - ...dass die eingeplanten 35 Millionen Euro für den Tornadoeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan nicht ausreichen werden. Man rechne mit 50 Millionen Euro, sagte Jürgen Koppelin, Mitglied des Haushaltsausschusses..."? Aus welchem Bereich unserer Steuergelder wird für die Kriegsmaschinerie der immer aufwändiger werdende Bedarf heraus- und weggesogen? Der Moloch Krieg für/gegen/in Bündnis mit/gegen Terrorismus / für Demokratie fordert seinen Steuergeldtribut. Kein Wort

über die staatspolitischen Gründe: dass wir bei der Ressourcensicherung dabei sein wollen / wir wieder wer sind / unsere Rüstungsindustrie Aufträge braucht / der Aufschwung weitergehen soll / der DAX stimmen muss. Die Lobbyisten der Wirtschaft haben die schlagenderen Argumente vor den Lobbyisten einer *Netzwerk Friedenssteuer*.

Ich las vor kurzem folgendes:

“Die Pazifisten werden erst dann das politische Vertrauen der Massen erobern, wenn sie, nach den Worten der Bibel, nicht nur sanft sind wie die Tauben - sondern auch klug wie die Schlangen; wenn sie nicht nur edler in den Zielen - sondern auch geschickter in den Mitteln sind als ihre militärischen Rivalen.“ Das sagte 1925 Richard N. Graf von Coudenhove-Kalergi (Gründer der Paneuropabewegung 1923). Wahrscheinlich müssen wir neue Formen suchen und einsetzen. Politiker sind nicht unempfindlich. Sie fangen an hysterisch zu agieren. Für den G8-Gipfel werden die Grenzen zu Deutschland dicht

gemacht. Menschen, die gegen diesen Gipfel protestieren wollen, werden kriminalisiert. Innenminister Schäuble übt sich in Kriegserklärungen gegen die deutsche Bevölkerung. Wir sind an einem sehr kritischen Punkt angekommen. Welche Strategien entwickeln und setzen wir ein? Wie bremsen wir diesen Krieg treibenden Wahnsinn aus?

Soweit, so schlecht. Ich bin ziemlich verzweifelt über die Nachrichten, die ich gerade gehört habe über die Kriminalisierung der Vorbereitungsgruppen für den G8-Protest in Hamburg und Berlin – die Polizei schleppte Computer aus den Räumen alternativer Gruppen. Der Polizeistaat funktioniert.

Uta Pfefferle



Schreiben Sie Artikel für Ihre Lokalzeitung

Jahrestreffen in Leipzig - „Gewissen geht vor“, 23.-25.März 2007

Freitagabend

- Als erstes: Wir freuten uns wieder über einige neue Gesichter.
- Nachdem der bisherige Vorstand flott entlastet worden war (übersichtliche Berichte, transparente Geschäftsführung, glückliche Mitglieder), wurde zu unserer Freude ebenso flott und einstimmig der neue gewählt: Friedrich Heilmann und Hannelore Morgenstern-Przygoda stellten sich für eine zweite Periode von 3 Jahren zur Verfügung und auf Rottmayr's Sepp folgte Rottmayr's Katharina – die Bayern haben es mit Dynastien, doch auch unsere Nicht-Bayern sind mit dieser Dynastie richtig glücklich.
- Dann wurde Rottmayr's Sepp feierlich-lustig verabschiedet. Er wird nicht ganz unerreichbar für uns sein, aber aus der regulären aktiven Arbeit hat er sich nun zurückgezogen. Sepp hat sich für unser „Zivilgesetz“ (Konzept und Gutachten), so wie für eine funktionierende Vereinsstruktur gewaltig eingesetzt und hinterlässt eine unübersehbare Lücke bei der Arbeitsgruppe Gesetzesinitiative. Da dort aber auch Günther Lott und Klaus Martin Voigt nicht mehr anzutreffen sind (aber doch im Hintergrund mitdenken!), fühlen die verbliebenen „Jüngerer“ sich etwas verwaist. Hinzugekommen allerdings ist ein richtig Jüngerer: Albert Blattmann. Herzlich willkommen, Albert!

Samstag

- Vormittags gab es einen Rundgang mit dem Bürgerkomitee Leipzig durch die Innenstadt. Wir besuchten die Nikolaikirche und alle Orte, wo 1989 die DDR-Bürger die gewaltfreie Öffnung der Mauer in überwältigend-mutigen Demonstrationen bewirkt haben.
- Das Referat am Nachmittag von Major Florian Pfaff („Gewissen gegen Angriffskrieg“) hatte es in sich (s. unten). Herr Pfaff weilte während des ganzen Treffens unter uns, so dass wir uns vielfach mit ihm unterhalten konnten.
- Abends wurde der neue Arbeitsplan beschlossen, etwas detaillierter als Sie ihn schon auf Seite 2 gefunden haben. Zum Schluss wurde der Kurzfilm der *Peace Tax Seven* gezeigt, der jetzt auch mit deutschen Untertiteln vorliegt (zu bestellen bei Friedrich Heilmann; Preis 15 Euro).

Sonntag

Hier berichteten alle Arbeitsgruppen und beauftragte Einzelpersonen von getaner Arbeit und anstehenden Aktionen.

Vortrag von Major Florian Pfaff

Herr Pfaff schilderte die Unterschiede in der Armee vor und nach dem ersten Verfassungsbruch (Somalia 1993, wo er sich schon weigerte, mitzumachen). Bis 1993 sei der Anspruch der „inneren Führung“ moralisch hoch gewesen; danach ging es mit ihm langsam bergab. Am 16.10.1998 urteilte das Bundesverfassungsgericht: Deutschland darf nicht bombardieren.

Trotzdem kam ein Jahr später der zweite Verfassungsbruch mit dem Jugoslawienkrieg 1999. Damals haben schon mehrere Piloten sich verweigert, Bomben zu werfen. Über sie wurde geschwiegen – es gab genügend Willige als Ersatz.

2003 erfolgte der dritte Verfassungsbruch: den USA wurden Rechte für den Überflug über Deutschland und für Logistikarbeit von deutschem

Boden aus zuerkannt; und Deutschland beteiligte sich aktiv mit AWACS-Aufklärungsflugzeugen am Irakkrieg. Herr Pfaff weigerte daraufhin, seine Aufgabe als Computerfachmann für die Logistik zu erledigen, weil nicht ausgeschlossen werden konnte, dass seine Ergebnisse auch gegen den Irak eingesetzt werden könnten. Seine Vorgesetzten bestätigten ihm, dass Krieg ein Verbrechen ist; meinten aber, dass Deutschland nicht an dem Irakkrieg beteiligt sei. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte am 21. Juni 2005 die Einsicht Herrn Pfaffs: Deutschland war tatsächlich an diesem Krieg beteiligt (und ist es wohl noch). Man hätte zurückkehrende US-Soldaten verhaften müssen. Man könne sich nicht auf den „Bündnisfall“ berufen, weil es kein Nato-Gebiet betrifft. Die Regierung verstößt gegen die UN-Charta, gegen das Völkerrecht, und gegen das Grundgesetz.

Die Bundeswehr unterscheidet zwischen unverbindlichen, verbindlichen und Verbrechen beinhaltenden Befehlen. Das Wehrstrafgesetzbuch §5 besagt, dass Soldaten Befehle auf ihrer Übereinstimmung mit dem Recht prüfen **müssen** (nicht: können, dürfen, sollten). Der Rechtsweg, den Major Pfaff gegangen ist, begann beim Truppendienstgericht. Er hat die Erfahrung gemacht, dass dort nur daraufhin gearbeitet wird, Soldaten zu maßregeln; Rechtsprechung werde da kleingeschrieben. Truppendienstgerichte seien für Gewissensbeschwerden nicht die richtige Instanz.

Obwohl das Bundesverwaltungsgericht Major Pfaff Recht gegeben hat, ignoriert die verschuppte Heeresführung das Urteil. Sie sieht den Major gerne als einen kleinen Soldaten ohne Einfluss auf die politische Willensbildung von KollegInnen. Eine Beförderung ist wohl nicht mehr drin ...

Inzwischen sind wir wieder einen Krieg weiter: Verfassungsbruch Nr.4. Der Einsatz in Afghanistan im Rahmen von ISAF ist lt. §7 der UN-Charta ein Kampfauftrag. Wieder ordnet Deutschland sich den USA unter. Es gibt hier genau so wenig den „Bündnisfall“ wie im Irak. (*Chronologisch liegt dieser Krieg aber noch vor dem Irakkrieg. Im Brief von Gernot Erler (Seite 4) erklärt dieser, dass das deutsche Militär „...von vornherein an der US-Intervention mitgewirkt hat“. Da steht nicht, dass Deutschland im Rahmen der NATO militärisch mitgewirkt hat, sondern an der US-Intervention, also an „Enduring Freedom“ beteiligt war – FN.*)

Fazit von Herrn Pfaff: Wenn das Bundesverwaltungsgericht ehrlich ist, muss es sagen, dass Deutschland in Afghanistan **kämpft** (also: *Krieg führt – FN*). Und es müsste sagen, dass durch den Einsatz der Tornados die Gefahr von Terrorismus in Deutsch-

land zunimmt. Er ist der Meinung, dass, wenn „wir“ Afghanistan „im Griff“ haben werden, das nächste Land drankommt.

Major Pfaff sei in der Armee, weil er eine Landes-Verteidigung nötig und in Ordnung fand und findet. Aber jeder Angriffskrieg sei verlogen. Dieser Standpunkt verbindet ihn mit seinen Kollegen des Darmstädter Signals (www.darmstaedter-signal.de).

Anschließend sprachen mit ihm und mit den Teilnehmenden zwei Kirchenvertreter: Lars Schwenzer und Wolfgang Geffe, Beauftragte für Friedensfragen der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens bzw. der Ev. Kirche Mitteldeutschlands, und beide Mitglied des Bundesvorstands der Ev. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern.

Fragen an Herrn Pfaff:

- Als KDV-Berater wollten beide Kirchenmänner von Major Pfaff hören, ob er denn jungen Männern jetzt noch empfehlen würde, in der Bundeswehr Dienst zu tun, und ob das Konzept der „Inneren Führung“ als misslungen anzusehen sei.

Antwort: Wenn man „Profikiller“ werden wolle, könne man eintreten, ansonsten sei es nicht ratsam, da junge Leute in der Bundeswehr kaum Widerstand leisten könnten. Die „Innere Führung“ sei früher immer ein wichtiges Ziel gewesen, das nun aber im Ernstfall nicht umgesetzt werde.

- Wie habe sich der Militärbischof ihm gegenüber verhalten?

Antwort: Dieser habe ihm vor dem Urteil schon geholfen. Nach einem Vortrag in kirchlichen Kreisen aber habe der General-Vikar ihm einen Maulkorb verpasst: er darf nur sprechen, wenn der General-Vikar zustimmt.

- Wie denke er über die Aussage des ehem. Generalbundesanwalts Kay Neem, dass Angriffskriege zulässig seien?

Antwort: Diese Aussage ist nichtig durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in

seiner Sache. Anders gesagt: das Bundesverwaltungsgericht habe Kay Neem widerlegt.

- Was halte er von „sozialer Verteidigung“?

Antwort: Diese funktioniere nicht, weil sie nicht abschrecke.

Man könnte sagen, dass nach 1989 die Bundeswehr aus dem Ruder gelaufen ist. Da in Deutschland aber immer noch die Politik an erster Stelle kommt, ist wohl eher diese aus dem Ruder gelaufen, und die Bundeswehr funktioniert wie geplant ...

Gertie Brammer



Anerkennung in der Zivilgesellschaft für Major Pfaff

Herr Pfaff wurde Sommer 2006 von der *taz* als einer der 9 Panter-Kandidaten gewählt, so wie Günther Lott im Jahr zuvor.

Dezember 2006 wurde ihm die „Carl-von-Ossietzky-Preis“-Medaille durch die *Internationale Liga für Menschenrechte* verliehen.

Offene Kirche, eine evangelische Vereinigung in Württemberg, verlieh ihm im März dieses Jahres den „AMOS-Preis der Offenen Kirche für Zivilcourage in Kirche und Gesellschaft“ „für den Mut und die Beharrlichkeit, den Gehorsam zur Mitwirkung am Irakkrieg zu verweigern. In der Begründung heißt es: „Trotz angeordneter psychiatrischer Untersuchung, trotz Degradierung und drohender fristloser Entlassung erzielte Florian Pfaff am Ende erfolgreich einen letztinstanzlichen Freispruch vor dem Bundesverwaltungsgericht (*FN34 berichtete darüber*). Er hat damit für Soldaten das Recht erstritten, gezielt im Fall von verwerflichen Befehlen (Vergehen und Verbrechen) den Gehorsam auch aus Gewissensgründen verweigern zu dürfen, gemäß Art.4 (1) Grundgesetz.“. Die Laudatio hielt Andreas Zumach, Journalist in Genf. Geschäftsführung AMOS-Preis:

www.offenekirche.de.

Quelle: *Zivil 1/07*

Weitere Kriegsdienst-Verweigerungen von Berufsmilitärs

Luftwaffen-Oberstleutnant Jürgen Rose hat nach der Entscheidung über den Tornado-Einsatz in Afghanistan Gewissensbedenken dagegen formuliert, diesen Einsatz „in irgendeiner Form zu unterstützen, da meiner Auffassung nach nicht auszuschließen ist, das ich...zu einem...Einsatz beitrage, gegen den gravierende verfassungsrechtliche sowie völkerstrafrechtliche Bedenken bestehen.“ Entsprechend seinem Antrag wurde er innerhalb der Luftwaffe an einen Posten versetzt, auf dem er nichts mit dem Afghanistaneinsatz zu tun hat.

Quelle: *ZivilCourage 4/07*

Auch in den USA gab sich (Januar 2006) der erste Berufsoffizier als Kriegsdienstverweigerer bekannt:

Ehren Watada, Leutnant bei der Artillerie der US-Army in Washington, sieht den Irakkrieg als illegal und unmoralisch an. Er verweigerte den Dienst im Irak. Der Leutnant wird nicht nur angeklagt wegen Befehlsverweigerung, sondern auch wegen „schlechter Führung“, weil er sagte, dass Bush die Bürger getäuscht habe. Laut Pentagon gebe, wer zum Militär gehe, sein Recht auf uneingeschränkte Meinungsfreiheit auf.

Dabei hat Watada nur das getan, was ihm sein ehemaliger Vorgesetzter geraten hat – sich bestens auf den Einsatz vorzubereiten, weil man nur so als Offi-

zier überzeugend führen könne. Watada las dann alles über den Irakkrieg.

Nach einer kurzen Depression sei er zu dem Schluss gekommen, dass „der Kongress, die Generäle und der Präsident eine Gefahr für die US-Verfassung sind“. Diese Meinung vertritt er öffentlich, was ihm wohl mehr übel genommen wird als seine Dienstverweigerung. Der nächste Prozesstermin ist am 16. Juli 2007. Ihm drohen 4 Jahre Haft.

Quellen: *taz* vom 21.04.07 und Wikipedia

Folgender US-Armeeangehöriger, der Kriegsdienstverweigerer wurde, wurde in Deutschland inhaftiert und verurteilt:

Agustín Aguayo. Er wollte ausschließlich Sanitäter, kein Soldat werden. Grund: er wollte Geld verdienen um sich nachher ein Medizinstudium leisten zu können. Dann wurde er als Sanitäter von Deutschland (Schweinfurt) aus in den Irak geschickt und dort gezwungen, mit der Waffe zu kämpfen. Dies hat er verweigert. Zurück in Deutschland wurde er in Würzburg vor das US-Militärgericht gestellt und dort zu einer Haftstrafe von 8 Monaten verurteilt, die am 18. April vorbei waren. Er wurde nicht aus der Armee entlassen.

Aguayo wurde als Kandidat für den Stuttgarter Friedenspreis 2007 vorgeschlagen.

Quelle: *Stuttgarter Texte 7 (Die Anstifter)*

KDV-Karte

Der 15. Mai ist internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung. Diesmal war Kolumbien der Schwerpunkt.

Die *War Resisters' International (WRI)* stellte der Öffentlichkeit die *Libreta objetor/a de conciencia* vor. Dies ist eine Kriegsdienst-VerweigerInnen-Karte der WRI, die als sichtbares Symbol der KDV als anerkanntes Menschenrecht gedacht ist.



Autoaufkleber Ø 12cm

siehe Seite 2 unten

Postkarte 10x15 cm



Vernetzung in der Friedensbewegung

1. Die Kooperation für den Frieden

Anfang des neuen Jahrtausends gelang es endlich, die Zusammenarbeit der Friedensorganisationen in Deutschland untereinander verbindlicher und effektiver zu organisieren: Alle großen und kleinen Friedensorganisationen wie IPPNW, pax christi, DFG-VK, AGDF, Versöhnungsbund, BSV, Zentralstelle für KDV, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aachener Friedenspreis, ... und auch das Netzwerk Friedenssteuer(NWFS) - insgesamt jetzt gut 40 Organisationen - schlossen sich zur „Kooperation für den Frieden“ zusammen.

Ein Kooperationsrat, in dem aus jeder Organisation ein Vertreter mitarbeitet, trifft sich ca. 5x im Jahr. Einmal im Jahr gibt es eine Mitgliederversammlung, auf der Manöverkritik geübt wird und die drei Sprecher für jeweils ein Jahr gewählt werden. Und Anfang des Jahres findet die „Strategiekonferenz“ statt, bei der die für die Zusammenarbeit wichtigen Strukturen besprochen und die Schwerpunktthemen vorgeschlagen und festgelegt werden. Wir unterstützen uns untereinander in unseren Aufgaben und Zielen, sprechen uns ab und können somit gegenüber der Öffentlichkeit wirkungsvoller und gegenüber der Bundesregierung erfolgreicher agieren. Von daher wäre es sehr nützlich, wenn viele, die im NWFS aktiv sind, auch zur Mitgliederversammlung und zur Strategiekonferenz kämen. Wer die Einladungen erhalten möchte, bitte bei mir melden (Adresse Seite 12).

Denn nach wie vor und wie überall ist es auch hier so: wirklich vorangebracht wird etwas nur von einzelnen Menschen, die etwas in die Hand nehmen und konsequent verfolgen. Einigkeit und kluge, angemessene Formulierungen, Analyse der Bedingungen und richtige Schlussfolgerungen bleiben sonst ohne Umsetzung - nutzlos, ohne man- und woman-power.

Ein Beispiel:

Auf der 1. Strategiekonferenz 2003 wurde beschlossen: das Bombodrom in der *FREIenHEIDE*, dieses Symbol für die aggressive Strategie der Nato und der Bundeswehr, Wirtschaftsinteressen per Gewalt out of area durchzusetzen – muss verhindert werden. Hier liegt eine zentrale Aufgabe der Friedens-, Ökologie- und Gerechtigkeitsbewegung. Wir beschlossen, die Friedens- und Bürgerinitiativen vor Ort zu unterstützen und zu besuchen, einen regen Kontakt herzustellen und zu mobilisieren.

Doch „es“ passierte sehr wenig. Wir, das NWFS, haben unsere Jahrestagung 2005 dort abgehalten und uns informiert – aber ohne weitere Folgen. Erst als Ulli Laubenthal 2006 die Initiative ergriff und vor Ort die „Sichelschmiede“ gründete, begannen Informationsfluss und überregionale Arbeit. Zurzeit wird in Zusammenhang mit dem Bündnis gegen das

G8-Treffen in Heiligendamm für den 1. Juni eine Begehung der *FREIenHEIDE* vorbereitet. Die *Kooperation für den Frieden*, somit auch das NWFS, unterstützt die *Sichelschmiede* durch Unterschreibung des Aufrufs (s. Titelseite) und auch finanziell. Überall in Deutschland soll das Symbol des Bombodroms, die Zielpyramide, auf die die Bomben geworfen werden, nachgebaut und in Schweigekreisen, Mahnwachen, Friedensgebeten aufgestellt und die Öffentlichkeit über den Skandal der neuen Präventivkriegs-Strategie aufgeklärt werden, auf dass eines Tages auch im Bundestag eine Mehrheit dieser Politik ein Ende setzt.

Diesem Bündnis „Gegen G8, gegen Krieg“ sind inzwischen viele weitere Organisationen beigetreten: attac, kirchliche Organisationen, Gewerkschaften... Wir hoffen, dass Hunderttausende zu den Veranstaltungen des „Gegengipfels von unten“ kommen. Es wäre schön, wenn auch aus dem Netzwerk Friedenssteuer ganz viele hinfahren. Alle, die hinfahren können, mögen sich bis einschließlich dem 30. Mai bei Gertie Brammer (0711-6076604) melden; ab dem 31. Mai bei ihrer Gastadresse in Rostock (dort nur telefonisch: 0381-5193769). Vielleicht können wir dann als Gruppe zusammenbleiben und mit ein paar Transparenten auf unser Anliegen aufmerksam machen (und Unterschriften sammeln). Es wäre zwar sehr geschickt, wenn wir Handys hätten, aber wegen der gesundheitlichen Gefahren, die nachweislich von ihnen und den Mobilfunkmasten ausgehen, verzichten Gertie und ich doch lieber darauf.

2. Das Ökumenische Netz in Deutschland (ÖNiD)

s. auch beigelegtes Faltblatt

Nach dem Vorbild und Erfolg der *Kooperation für den Frieden* wurde 2005 /6 auch ein Zusammenschluss aller Gruppen, Organisationen und Netze auf den Weg gebracht, die in Deutschland am Konziliaren Prozess *Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung* arbeiten. (Kairos Europa, Südwind, CGW, Inkota, Plädoyer, OeIEW, Pro Ökumene, alle Netze und Solidarischen Kirchen und Bruderschaften in Deutschland, Agenda-Arbeitsgruppen, Aufbruch anders leben, Hendrik-Krämer-Haus, Kirche von unten,...).

Der Antrag, dass *Steuern zu Pflugscharen* bzw. NWFS mitarbeitet, liegt vor und muss auf der nächsten Jahresversammlung diskutiert und abgestimmt werden.

Auch hier gibt es einen kleinen und einen erweiterten Sprecherkreis, die aber nur als email-Gruppen kooperieren und koordinieren. Mitgliederversammlung und Strategiekonferenz sind zusammengelegt, finden in einer Jahresversammlung statt, die immer auch ein wichtiges Thema inhaltlich bearbeitet. Zurzeit ist es die Globalisierungs- und Ökonomie-debatte *Wirtschaften im Dienst des Lebens*. Hierzu gibt es ein prägnantes Selbstverständnispapier, das bei

mir bestellt werden kann (erschieden im *Ökumenischer Informationsdienst* Nr. 83).

Es gibt verschiedene Arbeitsgruppen zu Sachthemen, die ihre Ergebnisse möglichst praxisnah erarbeiten und übers ÖNiD in die Gemeinden tragen wollen. Das ist ein offenes Feld: neue Gruppen können gebildet werden, andere beendet... Wir arbeiten an einer Kompetenzliste. Nach Bedarf gibt es einen e-mail-Newsletter. Wer in den Gesamtverteiler ÖNiD aufgenommen werden oder Näheres erfahren möchte (z.B. über die Arbeitsgruppen), bitte bei mir melden; zurzeit ist die Geschäftsstelle bei mir (das Plenum fand den Namen *Arbeitsstelle PRAKTISCHE SCHRITTE* so nahe dran – s. unten).

Ein wichtiges Projekt, in das unbedingt unsere Thematik eingebracht werden sollte, ist die Vorbereitung der vom Ökumenischen Rat der Kirchen für 2011 einberufenen Weltfriedenskonferenz. Am Ende der 10-jährigen Beschäftigung der Kirchen mit dem Problem *Gewalt überwinden* und nach 30 Jahren ernsthafter Beschäftigung mit dem Aufgabenfeld *Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung* sollen die bisherigen Ergebnisse und Erkenntnisse und Konsequenzen (!) zusammengetragen werden. Der Vorbereitungsprozess ist bewusst als ein von der Basis vorzubereitender konzipiert – und das soll und kann auch so bleiben, wenn sich die Basisgruppen – wie wir uns verstehen – auch wirklich einbringen. – Es sieht so aus, als wäre es der goldrichtige Zeitpunkt gewesen, in dem das ÖNiD entstanden ist, um sich hier zu bewähren.

Michael Held

Vertreter des *Netzwerk Friedenssteuer* in der
Kooperation für den Frieden
Arbeits- und Koordinierungsstelle
PRAKTISCHE SCHRITTE für Gerechtigkeit,
Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Internationales

Bericht von CPTI (Conscience and Peace Tax International) und „**unserem Mann in Genf**“

Ban Ki-Moon hat am 1. Januar 2007 sein Amt als achter UN-General-Sekretär übernommen.

Die 4. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates (MRR) tagte 12.-30.03.07 in Genf; die 5. Sitzung wird Anfang Juni folgen. Die derzeitige Arbeitsweise des MRR, die mehr von der Zeitstruktur als von der Tagesordnung bestimmt wird, ließ wenig Aussicht auf mündliche Statements im Plenum. Am Dienstag der letzten Arbeitswoche stellte Asma Jahangir, Sonderberichtserstatteerin für Religions- und Glaubensfreiheit, dem Plenum ihren aktuellen Bericht vor.

CPTI entschied sich, keine Delegation nach Genf zu schicken. Vielmehr konnten, ganz kurzfristig, Alan Gamble, Geschäftsführer der US-ameri-

kanischen *National Campaign for a Peace Tax Fund*, und seine Frau Prisca für diese spezielle Woche in Genf gewonnen werden. So machte sich Alan, der als Schatzmeister inzwischen zum CPTI-Vorstand gehört, ein eigenes Bild von der Arbeit des MRR – was möglichst alle Vorstandsmitglieder mit der Zeit tun sollten. Außerdem hoffte man, Alan der Sonderberichtserstatteerin persönlich vorzustellen. Und zudem diese zu einer Besprechung einzuladen, bei der Mitte Mai in Washington die Themen Gewissen und Glauben und damit auch Kriegsdienst- und Militärsteuer-Verweigerung vorgestellt werden – und falls sie nicht teilnimmt, ihr wenigstens Informationen aus erster Hand vorab zu geben. Alan wäre auch der Richtige, Mrs. Jahangir von den Prozessen zu berichten, die Packard, Adams und Jenkins in den USA bis zum Supreme Court geführt haben. Es würde der Podiumsdiskussion gut tun, ein neues Gesicht in den Kreis der Diskutanten einzuführen. Schließlich wollte Derek Brett – unser Mann in Genf – Alan mit der Chefin der US-amerikanischen Mission zusammenbringen. Sie war dabei, als er seinen Report im Vorjahr präsentierte; damals stellte sie Fragen, an die man in diesem Jahr anknüpfen wollte, damit sie das Thema nicht aus den Augen verliert und auch von der aktuellen amerikanischen Kampagne erfährt. Da Alan Mitglied der Baha'í ist, war es nahe liegend, ein Treffen mit Diane Al'ai von der Internationalen Baha'í-Organisation einzuplanen; sie ist derzeit auch Vorsitzende des NRO-Komitees *Freiheit für Religion und Weltanschauung*. Leider konnte Derek den Ausgang all dieser Absichten noch nicht mitteilen, da er sich intensiv auf eine Reise nach Kolumbien vorbereiten musste; das wird aber sicher Thema des nächsten CPTI-Newsletters sein.

Im Juni wird Mrs. Jahangir einen informellen Besuch in England machen; man hoffte, sie schon im März auf die britischen *Peace Tax Seven* hinzuweisen. Derek zieht die Fäden mit Bedacht und Geschick – immer in der Hoffnung, dass eine dieser Begegnungen unsere Sache einen Schritt voranbringt.

In der Schlusswoche der 4. Sitzung veranstaltete das UN-Büro der Quäker (QUNO) ein Mittagstreffen – also eine Parallelveranstaltung zum Plenum – mit mehreren Podiumsbeteiligten zum Thema „Gewissensbedingte Verweigerung“. Hier sprach Alan Gamble zu unserem Thema. Dazu musste er – wie immer – anknüpfen an das Thema KDV, das sich diesmal auf die Situation zweier Länder bezog:

♦ **Bolivien.** Ein bolivianischer Zeuge Jehovas wurde nicht nur als Kriegsdienstverweigerer anerkannt – obwohl Bolivien keine gesetzliche Regelung hat –, vielmehr musste der Mann keinen finanziellen Ersatz – also: keine Militärsteuer! – zahlen; was wohl daher rührt, dass sein Fall der *Interamerikanischen Kommission* vorgetragen wurde.

◆ Südkorea. Nach der negativen Bewertung der südkoreanischen Bemühungen zur Verbesserung der Menschenrechte 1992 und bei der zweiten Prüfung 1999, anerkannte das Menschenrechts-Komitee, dass das Land dieses Mal auf dem Weg hin zur Verbesserung ist und riet – unter vielem Anderen – zur Entwicklung eines Rahmenwerkes, um eine Ablehnung des verpflichtenden Militärsdienstes zu ermöglichen. Es wurde offiziell klargestellt, dass die Kriegsdienstverweigerung eine geschützte Manifestation von Religion oder Weltanschauung gemäß Art.18 des Internationale Konvent der Bürgerlichen und Politischen Rechte ist.

QUNO / Rachel Brett hatte sorgfältige Vorbereitung geleistet. Wichtig auch für CPTI war das Hearing des NRO-Komitees *Freiheit für Religion und Weltanschauung* mit Asma Jahangir.

Neuheiten:

- ◆ Irene Auerbach (Dolmetscherinnen/Übersetzerin) hat das CPTI-Faltblatt sehr dankenswerterweise ins Deutsche übersetzt. Da es aber noch nicht gedruckt vorliegt, schicken wir es als Beilage mit der nächsten FN mit. Wer es früher braucht – bitte melden bei Friedrich Heilmann.
- ◆ Auf Anregung von Jannik Augsburg (CPTI-Mitglied aus Dänemark) beschäftigte sich der CPTI-Vorstand mit dem UNO-Planspiel „Model United Nations“ (MUN). Politik erleben und mitmachen – dies ist die Grundidee des Spiels. In Form einer Simulation soll das UNO-Planspiel den Teilnehmenden die Arbeit und Funktionsweisen der Vereinten Nationen näher bringen. Es finden jährlich mehrere solcher Planspiele rund um den Globus – auch in Deutschland – statt. Neben der Lernmotivation und –qualität wird Verständnis für komplexe Themen – auch Weltprobleme – gefördert. Das Schüler-Planspiel United Nations (SPUN) entstand 1991 in Deutschland auf Initiative der Friedrich-Ebert-Stiftung: 250 SchülerInnen aus dem ganzen Bundesgebiet spielen eine Sitzungswoche der UNO nach. Dabei übernehmen sie in Delegationen zu mehreren SchülerInnen die Rollen der UN-Mitgliedsländer. Der Höhepunkt all dieser Aktivitäten ist ein Planspiel direkt in New York. CPTI war von der Idee sehr angetan und hat Unterstützung mit Informationen zugesagt; aber der Vorstand war auch besorgt, es könnten zusätzliche Kosten auf ihn zukommen.

Großbritannien / USA

Robin Brooks von den *Peace Tax Seven* in Großbritannien besuchte im Februar die USA.

Er nahm teil an einer Veranstaltung, wo, unter Leitung der Quakers' New York Yearly Meeting, vorbereitende Gespräche über die Bildung einer ähn-

lichen Gruppe wie die *Peace Tax Seven* geführt wurden. Auch war er bei der bisher letzten Anhörung vor Gericht im Falle der Militärsteuer-Verweigerung von Dan Jenkins. Er nahm teil an dem Gedenkgottesdienst für Marian Franz.

Türkei

Derek Brett besuchte Ende Januar die Internationale Konferenz über Kriegsdienst-Verweigerung in Istanbul. Dies war die erste Konferenz dieser Art, die in der Türkei abgehalten wurde und es war bemerkenswert und ermutigend zu sehen, dass sie überhaupt stattfinden durfte. Kriegsdienst-Verweigerung ist in der Türkei immer noch nicht anerkannt, in keiner Form. Allein schon dafür zu werben, kann zu Beschuldigungen führen wie „Aufstachelung der Bevölkerung gegen das Militär“, so tief ist die Dominanz der Armee in der Gesellschaft verwurzelt. So war die große Bedeutung dieser Konferenz, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Das Interesse war so stark, dass die Aula mit 350 Sitzen komplett voll war und ein zweiter Raum mit Video-Übertragung dazu genommen wurde.

Ungarn

Im Februar d.J. gab es einen Kontakt zu János Rátkai (Ungarn), und damit die neue Klarheit darüber, dass in Ungarn seit Jahren eine Gruppe für Militärsteuer-Verweigerung *Békéré Keresök Alapítvány* arbeitet. Die Gruppe wünscht einen wechselseitigen Austausch von Links zwischen den Websites, womit CPTI gerne einverstanden ist.

Hannelore Morgenstern-Przygoda und Derek Brett

Wer über internationale KDV- und MSV-Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten werden will, sollte den **CPTI-Newsletter** abonnieren.

Anfragen per E-Mail an Derek Brett: news@cpti.ws oder für Papierpost: Gertie Brammer (s. Seite 12). Dieser englische Newsletter ist ab der kommenden Ausgabe auch in deutscher Übersetzung von Irene Auerbach erhältlich.

Herzliche Bitte an alle NetzwerkerInnen, die über eine E-Mail Adresse verfügen: Sofern nicht schon geschehen, schickt bitte eine Mail zwecks Aufnahme in den E-Mail-Verteiler für Kurz- und Schnell-Informationen. Diese Mails kommen immer dann, wenn es neue hilfreiche Dinge für unsere Arbeit gibt. Bitte Nachricht an: heilmann@netzwerk-friedenssteuer.de



Und bitte immer mal unsere Internetseite www.netzwerk-friedenssteuer.de oder www.friedenssteuer.de besuchen und sich dort anmelden für die internen Seiten; Wünsche und Ideen für die Weiterentwicklung sind jederzeit herzlich Willkommen!

19.-21.10.07 Herbsttreffen des Netzwerkes in Köln. Bitte anmelden bei Hannelore Morgenstern.**Kontaktpersonen-Liste**

Stand: Mai 2007

PLZ, ORT	NAME	STRASSE	TELEFON	FAX	E-Mail
Region Ost:					
04668 Leipzig	Sebastian Fleischhack	Kirchberg 3	034386 - 42023		
99084 Erfurt	Gerlinde u. Martin Rambow	Puschkinstr. 11a	0361 - 6026959	0361 - 6026961	rambowerfurt@web.de
39108 Magdeburg	Christel Spenn	Immermannstr. 27	0391 - 258965		christel.spenn@web.de
Region Berlin / Nordost:					
10407 Berlin	Gisela Lattmann-Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	030 - 4251860		gisela-lmk@web.de
10439 Berlin	Else Tonke	Stavanger Str. 5	030 - 4444379	030 - 44339133	elsetonke@gmx.de
Region Nord:					
30171 Hannover	Dedo von Krosigk	Birkenstr. 32	0511 - 801696	0511 - 5194881	dedo.krosigk@web.de
32756 Detmold	Gudrun Rehmann	Brahmsstr. 11	05231 - 31231	12:30 - 13 h	
35460 Staufenberg	Ilse Staude	Goethestr. 12	06406 - 4194	06406 - 905845	fam-staude@web.de
Region West:					
40489 Düsseldorf	Ute u. Robert Antoch	Alte Landstr. 32	0211 - 403986	0211 - 404723	uantoch@gmx.de
Region Südwest:					
69231 Rauenberg	Günther Lott	Hauptstr. 1a	06222 - 62741	06222 - 3079731	faxistbesser@freenet.de
79249 Merzhausen	Christa& Klaus Martin Voigt	Im Laimacker 20	0761 - 404940	0761 - 4001263	voigtnews@onlinehome.de
Region Bayern:					
80337 München	Katharina Rottmayr	Ruppertstr. 16	089 - 7259416	089 - 45991522 d	k.rottmayr@igmuc.de
90408 Nürnberg	Dr. Brigitte Janus	Krelingstr. 10	0911 - 353237	0911 - 269851	b.janus@arcor.de
90411 Nürnberg	Hans-Günther Schramm	Zum Stiegelfeld 5	0911 - 5215210	0911 - 2142153	
90441 Nürnberg	Lina Hoffmann	Olivenweg 36	0911 - 662993	0911 - 269851	lina-helmut.hoffmann@t-online.de
Arbeitsschwerpunkte:					
AG Gesetzesinitiative					
Gertie Brammer (Gesetz)	70199 Stuttgart	Heslacher Wand 7	0711 - 6076604		g.bram@freenet.de
Friedrich Heilmann (Lobby)	15537 Erkner	Seestr. 21	03362 - 503071	03362 - 27491	heilmann@netzwerk-friedenssteuer.de
AG Steuern zu Pflugscharen					
Gerlinde Rambow	99084 Erfurt	Puschkinstr. 11a	0361 - 6026959	0361 - 6026961	rambowerfurt@web.de
AG Öffentlichkeitsarbeit					
Friedrich Heilmann	15537 Erkner	Seestr. 21	03362 - 503071	03362 - 27491	heilmann@netzwerk-friedenssteuer.de
Vernetzung & Kampagne					
Michael Held	36251 Bad Hersfeld	Simon-Haune-Str. 15	06621 - 620186	06621 - 65645	a-p-s@gmx.de
Internationales					
Hannelore Morgenstern-Przygoda	50735 Köln	Jesuitengasse 39a	0221 - 743496	0221 - 3382171	hannelore.morgenstern@gmx.de
Geschäftsführerin					
Katharina Rottmayr	81541 München	Eduard-Schmid-Str. 26	089 - 659253	089 - 62421431	s.rottmayr@t-online.de
Vorstand des e.V.					
Friedrich Heilmann, Hannelore Morgenstern-Przygoda, Katharina Rottmayr					

Internet: www.netzwerk-friedenssteuer.de, **jetzt auch:** www.friedenssteuer.de (mit Umleitung zur Hauptseite)

E-Mail: info@netzwerk-friedenssteuer.de; Bei der Internetseite gibt es die Möglichkeit, sich für den "internen Bereich" anzumelden. Dort liegen Netzwerkdokumente, diverse Protokolle und eine Bilderseite. Der Bereich wird laufend erweitert. Das Registrieren erfolgt automatisch, bitte dort Name und E-Mail Adresse angeben.

Spenden an das Netzwerk Friedenssteuer e.V.:

Kontonr.70 016 016 00, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67.

Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben!

Spendenquittungen werden in der Regel am Anfang des nächsten Jahres verschickt.

Ab 10,- Euro Spenden pro Jahr bekommen Sie die Friedenssteuer-Nachrichten 2x pro Jahr zugeschickt.

Sperrkonto RA Kierig & Becker: Konto 804 309 31 00, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67.

Transparent- und Plakatverleih: Gudrun Rehmann (s. oben), Tel. am besten zwischen 12.30-13.00 Uhr.

Bestellung der Friedenssteuer-Nachrichten und Adressenänderungen: Katharina Rottmayr (s. oben).

Impressum:

„Friedenssteuer Nachrichten“ werden herausgegeben von „Netzwerk Friedenssteuer e.V.“, Eduard-Schmid-Str. 26, 81541 München; info@netzwerk-friedenssteuer.de; V.i.S.d.P.: Friedrich Heilmann, verantw. Redakteurin: Gertie Brammer g.bram@freenet.de
Die „FN“ erscheint zweimal im Jahr. Auflage: 340 Stk. Redaktionsschluss der nächsten FN: 31.10.2007.